

I. Zukunftsdiskurs

»Communities for Future«

»Communities for Future«

Relevanz, Reflexionen, Impulse

Randy Haubner und Christiane Meyer

In diesem Beitrag wird zunächst die Relevanz des Themenfeldes »Communities for Future« dargelegt, bevor Reflexionen zur Podiumsdiskussion erfolgen, die am 4. März 2021 digital stattfand¹. Abschließend werden im Sinne eines Ausblicks Impulse, die sich aus der Relevanz und den Reflexionen ergeben, abgeleitet.

Relevanz

Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung berührt nahezu alle Bereiche und Aufgaben des kommunalen Handelns. Daher kommt den Communities bei der Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer 17 Nachhaltigkeitsziele, den Sustainable Development Goals (SDGs), eine Schlüsselrolle zu. Communities ist hier zwar vor allem im Sinne der politisch-administrativen Verwaltungseinheiten gemeint, aber diese sind angehalten, die Bürgerschaft in den Transformationsprozess im Sinne von *citizen empowerment* einzubinden (WBGU, 2011, S. 219). Denn »der angestrebte Wandel hin zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft und zu einem globalen Miteinander [kann] nur durch die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den Kommunen verwirklicht werden« (Wilhelmy & Turmann, 2016, S. 4). Kommunen werden somit als »Akteure des Wandels« gesehen, wenn es um die Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene geht (Wilhelmy & Turmann, 2019, S. 3ff.). Mit Bezug auf das SDG 11 »Nachhaltige Städte und Gemeinden« wird daher festgestellt: »Letztendlich entscheidet sich in Städten, Landkreisen und Ge-

1 Siehe die Website: <https://www.idn.uni-hannover.de/zukunftsdiskurse>.

meinden, ob die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft gelingt« (Butscher, 2019, S. 12).

Kommunen als Motor der Nachhaltigkeit

Die Kommunen werden somit zum Motor der Nachhaltigkeit, was nicht nur in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die immerhin von den 193 Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde, herausgestellt wird, sondern ebenso in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und den Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer. Aber auch der »Nationale Aktionsplan Bildung für Nachhaltige Entwicklung« (BNE; NAP, 2017) hebt die Bedeutung der Kommunen hervor. In der Stellungnahme an den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung vom Rat für Nachhaltige Entwicklung, die am 20. Dezember 2020 veröffentlicht wurde, heißt es:

»Die großen Ziele können nur durch ein Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen sowie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft erreicht werden – durch ein ›Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit‹ als Transmissionsriemen der Transformation«. (RNE, 2020; vgl. Tab. 1)

Tabelle 1: Politische Ziele und Herausforderungen auf unterschiedlichen Ebenen

Ebene	Akteure	Beispiele für Programme, Konzepte, Aktivitäten
Makro-Ebene <i>Top-down</i>	Welt (z.B. UN)	UN-Agenda 2030 mit ihren 17 SDGs, UN-Klimarahmenkonvention, Biodiversitätskonvention
	Transnationale Einheiten (z.B. EU)	Strategie für ein klimaneutrales Europa bis 2050, Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)
Meso-Ebene <i>Top-down</i>	Bund (Deutschland)	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (u.a. Flächensparziel), Klimaschutzplan 2050, Deutsches Klimaschutzgesetz, Nationaler Aktionsplan BNE
	Bundesland (16 in Deutschland)	Nachhaltigkeitsprogramme und -strategien der Bundesländer, Vorgaben für die Kommunen – Kommunalpolitik ist Ländersache!
Mikro-Ebene <i>Top-down</i>	Kommune (ca. 11.000 in Deutschland)	SDG-Indikatoren für Kommunen*, Bauleitplanung: Flächennutzungspläne, Bebauungspläne

Mikro-Ebene (Alltagsleben) Bottom-up	Kleine Gruppen (z.B. lokale Initiativen)	Jugendbeirat/-parlament, Regionale Fridays for Future-Gruppen, Bürger*innen-Initiativen
	Bürger*in bzw. Individuum	lokale Change Agents, zivilgesellschaftliches Engagement

Quelle: in Anlehnung an Meyer & Haubner, 2022, in Bearbeitung.
* Siehe SDG-Portal der Bertelsmann Stiftung (<https://www.sdg-portal.de>)

Wenn es um die Bewältigung dieser globalen und regionalen Herausforderungen geht, können Kommunen durch ihr Wirken auf lokaler Ebene wichtige Beiträge leisten, einen Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit anzustoßen (vgl. auch die Beiträge von Grabow und von Schweizer in diesem Band).

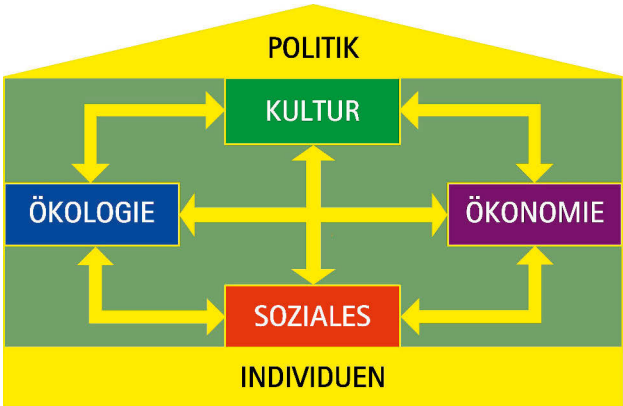
Zielkonflikte der Nachhaltigkeit in kommunalen Entscheidungsprozessen

Hierbei ergeben sich jedoch auch Zielkonflikte der Nachhaltigkeit, die die Kommunen vor besondere Herausforderungen stellen (Haubner et al., 2018, S. 37; vgl. auch den Beitrag von Böhm et al. in diesem Band). Diese können den unterschiedlichen Dimensionen der Nachhaltigkeit zugeordnet werden (vgl. Abb. 1 und Abb. 2).

Zielkonflikte der Nachhaltigkeit sind auf unterschiedlichen Maßstabsebenen miteinander verwoben (vgl. Tab. 1). Zu den globalen Zielvorgaben im »Dach des Hauses der Nachhaltigkeit« (Politik) gehört zuvorderst mit Bezug zur Windkraft das SDG 7 »Bezahlbare und saubere Energie«. Berührt werden dabei u.a. aber auch das SDG 11 »Nachhaltige Städte und Gemeinden«, das SDG 9 »Industrie, Innovation, Infrastruktur«, das SDG 3 »Gesundheit und Wohlbefinden«, das SDG 13 »Maßnahmen zum Klimaschutz«, das SDG 15 »Leben an Land« mit Bezug auf die Gefährdung des Tierwohls bei on-shore-Windkraft (und analog SDG 14 »Leben unter Wasser« im Falle von Offshore-Anlagen).

Auf nationaler Ebene sind als Zielvereinbarungen die Energiewende sowie das Flächensparziel der Bundesregierung politisch umzusetzen – und stehen im Konflikt (Politik). In Deutschland werden täglich ca. 56 Hektar als Siedlungsflächen und Verkehrsflächen neu ausgewiesen und somit »verbraucht«.

Abbildung 1: »Haus der Nachhaltigkeit«



Entwurf: C. Meyer.

Abbildung 2: Das Beispiel »Windkraft« als Zielkonflikt der Nachhaltigkeit



Entwurf: C. Meyer.

Diese Flächenneuanspruchnahme entspricht einer Fläche von etwa 79 Fußballfeldern. Daher will die Bundesregierung bis zum Jahr 2030 den Flächenverbrauch auf unter 30 Hektar pro Tag verringern. Dies wurde in der »Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie« von 2018 und auch schon in der »Nationalen Biodiversitätsstrategie« von 2007 formuliert (Die Bundesregierung, 2018; BMUB, 2007).

Auf kommunaler Ebene, auf der nun diese nicht zu vereinbarenden Ziele realisiert werden sollen, steht somit die Flächeninanspruchnahme für Windkraft dem Flächensparziel konträr gegenüber. Zudem gibt es gegen Windkraftanlagen Widerstände vonseiten engagierter Umweltschützer*innen. Sie argumentieren mit dem Tierwohl, das durch die Anlagen beeinträchtigt ist, von Wildtieren wie Fledermäusen, Vogelarten an Land und von Tieren im Meer (Ökologie).

Aber auch das Wohlbefinden und die Gesundheit von Menschen wird durch Lärm, Schattenschlag und Beleuchtung der Windkraftanlagen beeinträchtigt und wirken sich daher auf die Lebensqualität aus (Soziales). Daher formieren sich Bürger*innen-Initiativen, um gegen den weiteren Ausbau zu protestieren. Im Hinblick auf (wirtschaftliche) Einzelinteressen sprechen sich hingegen Anlagenbetreiber*innen und Grundstücksbesitzer*innen für den Ausbau aus, da sie davon profitieren können (Ökonomie). Auch die »Verspargelung der (Kultur-)Landschaft« wird beklagt, was wiederum dem Ziel der Umsetzung nachhaltigkeitsgerechter Lebensstile u.a. durch die Versorgung mit sauberer Energie widerspricht (Kultur) (Meyer & Haubner, 2022, in Bearbeitung). Zudem wehren sich Einzelpersonen gegen den Bau von Windkraftanlagen vor ihrer Haustür (Individuen), was dem sogenannten Nimby-Prinzip (*not in my backyard*) entspricht.

Vor diesem Hintergrund, dass unterschiedliche Ziele und damit einhergehende Interessen sowie diesen zugrunde liegende Wertorientierungen aufeinanderprallen, sind Austausch- und Aushandlungsprozesse unabdingbar. Diese müssen auf kommunaler Ebene angestoßen werden, da diese Konflikte letztlich im Rahmen unseres Demokratieverständnisses politisch zu entscheiden sind.

Um eine nachhaltige Transformation anzustoßen, ist daher eine breite Beteiligung mit Bürger*innen notwendig. Dabei ist es wichtig, alle Akteure – von Bürgermeister*innen bis hin zu jungen Bürger*innen – abzuholen und auf diesen Weg mitzunehmen. Erfolgreiches politisches Wirken zeichnet sich mehr denn je durch Akzeptanz und Partizipation aus.

Jugendliche wurden bislang noch viel zu wenig in kommunale Diskussionen zu einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen (Baden-Württemberg Stiftung, 2015, S. 7; vgl. auch den Beitrag von Haubner & Meyer in diesem Band). Die Forderungen z.B. vonseiten der Fridays for Future-Bewegung an verschiedene Kommunen zeigen aber auf (vgl. Abb. 3), dass es wichtig ist, ihre Perspektiven künftig verstärkt zu integrieren und ihre Bedarfe zu eruieren (vgl. BMFSFJ, 2019; Quenzel et al., 2019, S. 314f.; Meyer & Haubner, 2022).

Partizipation(stufen) in kommunalen Entscheidungsprozessen

Die jungen Menschen fordern, dass wir ins Handeln kommen müssen – nicht erst, aber verstärkt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im April 2021 wird deutlich, dass zwischen unserem Wissen um Anpassungen und Maßnahmen zum Klimaschutz und unserem Handeln eine Lücke klafft. Das deutsche Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2019 ist in Teilen nicht mit den Grundrechten vereinbar, hat das Bundesverfassungsrecht mit Bezug auf Klagen u.a. von Fridays for Future und weiteren Nichtregierungsorganisationen entschieden. Es fehlten ausreichende Vorgaben für die Minderung der Emissionen ab dem Jahr 2031, hieß es im Urteil. Nun sind Nachbesserungen gefordert. Durch Katastrophen wie dem Hochwasser im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie die Hitzesommer 2018 und 2019 wird auch vielen Menschen in Deutschland bewusst, dass der Klimawandel stattfindet und dass sich die Prognosen des Weltklimarates (IPCC) bestätigen (Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, 2021).

Kommunen sind für Bürger*innen jeder Altersgruppe der zentrale Ort einer politischen Teilhabe, die durch ihre Mitwirkungsrechte über Wahlen und Abstimmungen hinausgeht. Doch bislang gibt es in vielen Kommunen kaum Beteiligungskultur und Alltagspartizipation, insbesondere für Jugendliche. Im Nationalen Aktionsplan BNE sind Kommunen aufgefordert, Bildungs- und Kommunikationsmaßnahmen im Kontext von Nachhaltigkeit durchzuführen u.a. die Entwicklung von kommunalen Angeboten für die Beteiligung von Bürger*innen zur Verankerung von BNE mittels E-Partizipation (»Smart City«) (NAP, 2017, S. 92). Kommunen sollen zudem »den Aufbau und die Weiterentwicklung lokaler und regionaler Bildungslandschaften mit BNE-Fokus [fördern]« (ebd., S. 33). Daher werden Schulen und Kommunen »ermutigt, unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten partizipative Gestaltungs- und Entscheidungsräume stärker zu nutzen und

Abbildung 3: Forderungen von Fridays for Future Hannover

FORDERUNGEN von FridaysForFuture Hannover 2021 an die Region Hannover, alle ihre Kommunen und die Stadt Hannover	
Allgemeines und Grundsätzliches	<ul style="list-style-type: none">– bis 2035 klimaneutral– Ausrufung Klimanotstand– mehr Geld für Klimaschutz
Bildung und Mitsprache	<ul style="list-style-type: none">– Behandlung des Themas in allen Schulformen– mehr Klimaschutz in Aus- und Weiterbildung aller Berufe– Partizipation aller
Ernährung und Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none">– ab 2030 werden alle landwirtschaftlichen Betriebe ökologisch sowie regenerativ betrieben– ab 2023 klimafreundliches Essen in Kantinen, Mensen und Essensausgaben– keine Verschwendung von Lebensmitteln– To-Go-Verpflegung nur noch unverpackt oder in Pfandverpackungen
Finanzen und Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none">– Orientierung der Geld- und Anlagepolitik stärker an Klimaschutz und den globalen Nachhaltigkeitszielen– Unterstützung von Projekten zur Kreislaufwirtschaft– Umbau der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Stärkung von nachhaltigen Unternehmen– Erhebung Klimaneutralität zum wichtigsten Kriterium für eigenes Handeln
Mobilität und Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none">– bis 2024 Aufbau eines ticketlosen und zuverlässigen ÖPNV und bis 2027 einer schnellen Anbindung aller Ortschaften– Ausbau der Fuß- und Radwegeinfrastruktur– Verbot von privaten Autos im Innenstadtring bis 2022 und Reduktion des Autoverkehrs in der gesamten Region Hannover um 50 % bis 2035– emissionsfreie Anlieferung von Waren und Paketen sowie Dienstleistungen
Strom und Wärme	<ul style="list-style-type: none">– bis 2026 Stromversorgung aus 100 % erneuerbaren Energien– bis 2030 Wärmeversorgung aus 100 % erneuerbaren Energien– Vorbildfunktion aller Kommunen in der Region Hannover
Umwelt und Natur	<ul style="list-style-type: none">– bis 2026 Schutz der bestehenden und die Wiedervernässung der trockengefallenen Moore– Schutz der Wälder und Bäume, Vergrößerung des Baumbestandes– Schutz der Artenvielfalt– besser haushalten mit Wasser
Wohnen und Bauen	<ul style="list-style-type: none">– ab 2035 nur noch energieeffiziente Gebäude– Einsatz klimafreundlicher Materialien bei Neubauten und Sanierungen– Vorbildfunktion aller Kommunen: bis 2030 energetische Sanierung der eigenen Gebäude– keine Bauvorhaben zulasten von Menschen mit geringem Einkommen und/oder wenig Vermögen

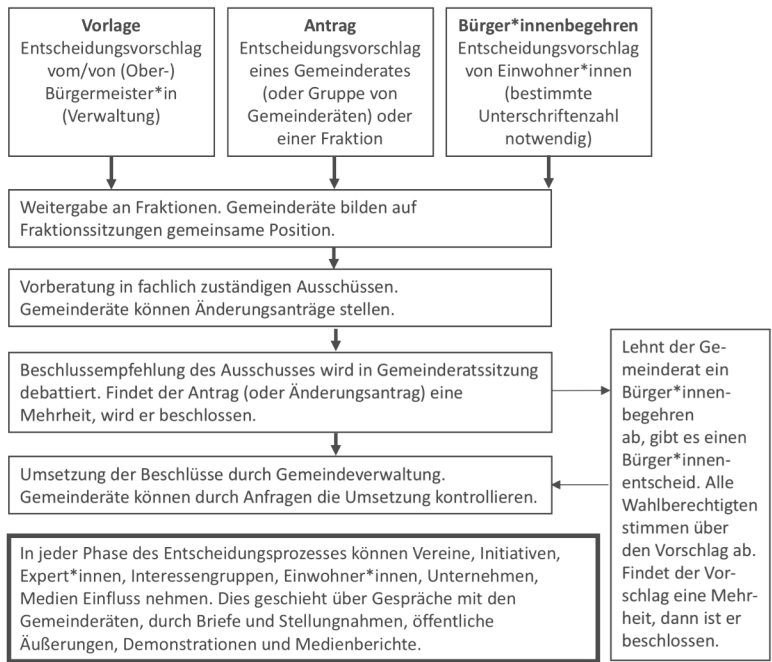
Quelle: Fridays for Future Hannover, 2021; Entwurf: R. Haubner.

weiterzuentwickeln« (ebd.; vgl. z.B. einen konkreten Unterrichtsvorschlag in Meyer & Haubner, 2020).

Um kommunalpolitische Entscheidungsprozesse zu initiieren, können drei Wege eingeschlagen werden (vgl. Abb. 4). Ein Vorschlag kann (1) von dem/der (Ober-)Bürgermeister*in und somit von der Verwaltung, (2) vom Gemeinderat oder (3) von Bürger*innen im Rahmen eines Bürger*innenbegehrens kommen (FES, 2014, S. 12f.). Die Abläufe bei kommunalen Entscheidungsprozessen sind Jugendlichen im schulischen Kontext nahezubringen, aber auch Bürger*innen sind darüber in Kenntnis zu setzen, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene.

Um Bürger*innen an der zukunftsfähigen Entwicklung einer Kommune zu beteiligen, müssen Strukturen und Inhalte transparent und zielgruppen-

Abbildung 4: Der kommunale Entscheidungsprozess



Quelle: in Anlehnung an FES, 2014, S. 13; Entwurf: R. Haubner.

spezifisch vermittelt werden. In Anlehnung an die »Partizipationsleiter« von Sherry R. Arnstein (1969) und die Stufen der Beteiligung nach Maria Lüttringhaus (2003) können die verschiedenen Ebenen der Partizipation hinsichtlich der Beteiligungstiefe in Partizipationsprozessen gemessen und für planerische Beteiligungsprozesse (Bischoff et al., 2007) verwendet werden. Im Rahmen des Hannover-Modells »KlimaWohL« wurden auf dieser Grundlage vier Formen der Zusammenarbeit definiert und mit entsprechenden Beispielen für Kommunikationsformate dargestellt (vgl. Abb. 5).

Abbildung 5: Stufen der Partizipation

Partizipationsstufen nach Lüttringhaus 2003 Czorny & Kanning 2021			Form der Zusammenarbeit	Beispiele - Kommunikationsformate
zunehmende Intensität	4	Selbstverwalten Kooperation	Ergebnisoffene Zusammenarbeit mit Entscheidungskompetenz in informellen Prozessen	Runder Tisch, Abstimmungsrunde
	3	Mitentscheiden Beteiligung	Aktive Teilhabe an informellen und formellen Prozessen	Workshop, förmliches Beteiligungsverfahren, Bürger*innenwerkstatt
	2	Mitwirken Kommunikation	Dialogischer Austausch von Wissen	Bürger*innendialog, öffentliche Dialogveranstaltung
	1	Informieren Information	Einseitige Wissensbereitstellung und -vermittlung	Flyer, Broschüre, Bewohner*innen- handbuch, Schulung, Informationsstand, Online-Plattform

Quelle: nach Czorny & Kanning, 2021, S. 14 und Lüttringhaus, 2003, S. 3; Entwurf: R. Haubner.

Nach Czorny & Kanning (2021) wie auch Lüttringhaus (2003) erhalten die Bürger*innen in Stufe 1 ausgewählte Informationen, sind selbst aber nur passive Empfänger*innen. Diese Informationen dienen der »Sensibilisierung« und »Bewusstseinsbildung« (Czorny & Kanning, 2021, S. 14; Lüttringhaus, 2003, S. 3). Darauf folgt die zweite Stufe »Kommunikation« (Czorny & Kanning, 2021) bzw. »Mitwirkung (Konsultation)« (Lüttringhaus, 2003), bei welcher die Bürger*innen sich zwar informieren und Stellung nehmen können, jedoch werden ihnen keine Mitspracherechte eingeräumt bzw. diese werden nicht verbindlich berücksichtigt. Im Rahmen der dritten Stufe »Beteiligung« (Czorny & Kanning, 2021) bzw. »Mitentscheidung« (Lüttringhaus, 2003) wird den Bürger*innen eine aktive Teilhabe ermöglicht und somit mehr Entscheidungsmacht eingeräumt. Dadurch wird ihnen eine Mit- bis hin zur Selbstbestimmung ermöglicht. Stufe vier stellt die »Kooperation« (Czorny & Kanning, 2021) dar, die den Bürger*innen eine »ergebnisoffene Zusammenarbeit mit Entscheidungskompetenz in informellen Prozessen« (ebd.) bietet. Lüttringhaus (2003) geht in Stufe vier gar noch einen Schritt weiter und besagt, dass hierbei die Möglichkeit der »Entscheidung (bis hin zur Selbstverwaltung)« bei den Bürger*innen liegt. Um eine wirkliche Beteiligung aller an kommunalen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen und zu gewährleisten, müssen alle Stufen der Beteiligung berücksichtigt

werden und über informative und kommunikative Prozesse kollaborative Verfahren initiiert werden. Nur dadurch wird *empowerment* von Bürger*innen gestaltet. Ist dies nicht der Fall, sollte transparent gemacht werden, inwiefern und aus welchen Gründen bzw. mit welcher Intention Partizipation nicht vollumfänglich gewährleistet werden konnte (Eberth & Röhl, 2021, S. 28).

Lokales Handeln im globalen Kontext

In Anlehnung an das Leuchtturmprojekt 2018 »Global – Lokal: Agenda 2030 VerOrten«², das globale Herausforderungen mit lokalem Handeln verknüpft, sind auch globale Partnerschaften zu berücksichtigen, bei denen deutsche Kommunen ihre Erfahrungen mit Kommunen aus dem Globalen Süden austauschen, so dass beide Partner voneinander lernen können (Die Bundesregierung, 2018, S. 22).

Um Nachhaltigkeitsprozesse in Kommunen anzustoßen und umzusetzen, gibt es seitens der bundespolitischen Ebene Unterstützungsangebote. Die »Servicestelle Kommunen in der Einen Welt« (SKEW) steht Kommunen seit 2001 als Beratungseinrichtung zu Fragen kommunaler Entwicklungspolitik im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Seite. Sie unterstützt das entwicklungspolitische Engagement und entsprechende Aktivitäten, indem sie Projekte und Ideen vor Ort und in den Partnerkommunen im Globalen Süden fördert und stärkt. Vier Kernbereiche bestimmen die Arbeit der SKEW: Information, Beratung, Qualifizierung und Netzwerkbildung. (Engagement Global, 2021)

Reflexionen

Wie können Kommunen mit Partizipation von Bürger*innen die UN-Nachhaltigkeitsziele umsetzen? An diese Leitfrage wurde in der digitalen Podiumsdiskussion zum Zukunftsdiskurs »Communities for Future« angeknüpft (vgl. Kasten 1).

2 Siehe: <https://skew.engagement-global.de/leuchtturmprojekt-2018.html>.

Kasten 1: »Communities for Future«

*Wie können Kommunen mit Partizipation von Bürger*innen die UN-Nachhaltigkeitsziele umsetzen?*

Die Diskutant*innen: DR. BUSO GRABOW: Leitung der Stabsstelle »Agenda 2030 – Nachhaltige Stadt«, Deutsches Institut für Urbanistik; WERNER SCHWEIZER: Bürgermeister der Gemeinde Klixbüll in Schleswig-Holstein; SABINE TEGTMEYER-DETTE: Erste Stadträtin und Wirtschafts- und Umweltdezernentin der Landeshauptstadt Hannover; PAUL HENDRIK TIEMANN: Mitglied bei Scientists for Future Hannover

Moderatorin: BIANCA RICHTER-HARM: »sustainify« – Institut für nachhaltige Bildung, Forschung, Innovation

Im Rahmen der digitalen Podiumsdiskussion wurden unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt. Der regionale kommunalpolitische Bezug wurde durch Sabine Tegtmeier-Dette vertreten, die als Erste Stadträtin und Wirtschafts- und Umweltdezernentin der Landeshauptstadt Hannover mit der Agenda 2030 und den 17 SDGs vertraut ist. Demgegenüber stand Paul Hendrik Tiemann für zivilgesellschaftliches Engagement, da er als Mitglied bei den Scientists for Future an den Forderungen der Fridays for Future Hannover 2019 (vgl. Abb. 3) mitgewirkt hatte. Stellvertretend für eine kleine Kommune, die mit der »Servicestelle Kommunen in der Einen Welt« (SKEW) kooperiert und mit zahlreichen Projekten die SDGs umsetzt und verbreitet, hat Werner Schweizer mitdiskutiert. Busso Grabow vom Deutschen Institut für Urbanistik wiederum hat an der Entwicklung der SDG-Indikatoren für Kommunen mitgewirkt (z.B. Bertelsmann Stiftung et al., 2020).

Zusammenfassender Kommentar zur Diskussion

Alle Diskutant*innen waren sich einig: Die Zeit drängt. Es brauche jetzt ein konsequentes und entschlossenes Handeln in und von den Kommunen! Kommunen müssten anerkennen, dass das verbleibende CO₂-Budget zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels nicht verhandelbar ist und Deutschland als wohlhabendes Land zur Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens spätestens 2035 klimaneutral werden müsse. Es gebe »eine gemeinsame Mission [...] wir als Deutschland müssen es hinkriegen, unseren Beitrag dazu

zu leisten, dass wir das Pariser Klimaziel einhalten und dass wir die Klimaerwärmung begrenzen« (Tiemann im Zukunftsdiskurs [ZD]). Doch hake es noch am Wissens- und Informationsstand über die Klimaauswirkungen im kommunalen Kontext. Die Thematik sei zwar präsent, doch wüssten wir beispielsweise nichts darüber, »in welchem Umfang wir CO₂ in unseren Städten und Gemeinden produzieren« (Grabow im ZD). Dies hänge mit den fehlenden Datenerhebungen zusammen, die hierzu klare Ergebnisse liefern könnten. Statistiken müssten sich somit ändern, um dringliche Zukunftsfragen und den Stand der Dinge bezüglich Nachhaltigkeit weltweit, länderbezogen und v.a. vor Ort stärker in den Blick zu nehmen. Zudem sei es wichtig und unerlässlich, alle Menschen zu informieren und mitzunehmen, insbesondere aber die Jugend und die Wirtschaft. Nachhaltigkeit dürfe nicht länger als abstraktes Thema behandelt werden. Es müsse verdeutlicht werden, »was haben eigentlich die Menschen mit den Lebensbedingungen in der Welt zu tun und wie tragen sie selber mit ihrem Handeln dazu bei, dass tatsächlich auch im globalen Zusammenhang Veränderungen erfolgen können« (Tegtmeyer-Dette im ZD). Kommunen seien am dichtesten dran an den Menschen. Sie könnten anregen, motivieren und auch als Vorbild vorangehen. Daraus entstünden Chancen und Potenziale. Auch »ein neuer Wirtschaftszweig würde sich noch viel besser entwickeln« (Tiemann im ZD), der entsprechend nachhaltige Techniken und Materialien wie Dämmstoffe zur Verfügung stelle. Dänemark sei diesbezüglich ein Vorreiter, da es seine öffentliche Verwaltung und das politische Handeln nachhaltiger gestalte. Wichtig sei auch, dass Nachhaltigkeit mehr sei als Klimaschutz, auch andere Handlungsfelder müssten hier berücksichtigt werden. Im politischen Bereich wären »wir« in Deutschland diesbezüglich bislang zu passiv gewesen. Es sei wichtig, selbst aktiv zu werden, z.B. in den Gemeindevertretungen. »Dort beginnt der Hebel sich zu verlängern, da habe ich eine ganz andere Wirkmacht« (Schweizer im ZD). Ein wichtiger Hebel sei die öffentliche Beschaffung. Allein im vergangenen Jahr wurden in Deutschland in einem Auftragsvolumen von 490 Mrd. Euro Güter und Dienstleistungen öffentlich beschafft. Wenn Deutschland zukünftig konsequent auf eine nachhaltige Beschaffung setze, dann würden auch positive Veränderungen im Nachhaltigkeitsbereich spürbar.

Partizipation von Bürger*innen

Eine zentrale Frage im Diskurs war, wie Bürger*innen an einer zukunftsfähigen Entwicklung im kommunalen Kontext beteiligt werden können. Partizipation wurde als Schlüssel für politisches Wirken hin zu einer nachhaltigen Entwicklung hervorgehoben. »Es gibt nicht die Beteiligung oder die Partizipation, sondern es gibt ganz, ganz unterschiedliche Formen, man spricht da von der Partizipations- oder Beteiligungsleiter« (Grabow im ZD). In Anlehnung an die Partizipationsleiter von Sherry R. Arnstein (1969) u.a. sowie die vier Partizipationsstufen (Information, Kommunikation, Beteiligung, Kooperation) von Czorny & Kanning (2021) können die verschiedenen Ebenen der Partizipation hinsichtlich der Beteiligungstiefe in Partizipationsprozessen gemessen werden (vgl. Abb. 5). Im Rahmen des Zukunftsdiskurses wurde deutlich, dass es aller Beteiligungsstufen bedarf, um eine Partizipation aller anzustoßen und umzusetzen. Nur durch eine transparente und verständliche Informations- und Kommunikationspolitik können sowohl Mitarbeiter*innen in Verwaltungen als auch Bürger*innen abgeholt und mitgenommen werden. Doch es sei bedauerlich, dass es »selbst auf der allerersten, auf der niedrigsten Stufe von Beteiligung, bei Information, schon diese großen Defizite gibt« (Grabow im ZD). Dies vorausgesetzt, bedarf es aber folglich kollaborativer Verfahren, um die Akzeptanz von Entscheidungen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu erlangen und alle Akteure über Anreizsysteme zum Handeln zu motivieren oder auch zivilgesellschaftliche Pilotprojekte in politisches Handeln zu überführen. Über diese Mechanismen unter Bereitstellung der erforderlichen Instrumente können erst Projekte umgesetzt, dann Strukturen verändert werden. Es sei aber staatliche Aufgabe, diese Möglichkeiten der Partizipation zu schaffen und auch zielgruppengerecht anzubieten. Hierbei können Bewegungen wie Fridays for Future einen wichtigen Beitrag leisten, da »das Thema eine völlig andere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und auch in der Politik bekommen hat« (Tegtmeyer-Dette im ZD). Solche Bewegungen mobilisieren, machen aufmerksam und nehmen dadurch zum einen Menschen mit auf diesen Weg und können zum anderen auch die politischen Beschlüsse beeinflussen. Vor der Bewegung sei es schwierig gewesen gerade im Verkehrsbereich z.B. Platzansprüche für Velorouten auf Kosten von Parkplätzen mit Mehrheitsbeschlüssen im Rat durchzusetzen. Die Dynamik der Bewegung und deren Akzeptanz in der Öffentlichkeit führten dazu, dass solche Entscheidungen nun real diskutiert und auch entsprechend entschieden werden können.

Aufgaben und Herausforderungen für Kommunen

Um Informationen zu Nachhaltigkeitsthemen zu vermitteln, müssten gegenwärtig und künftig systematische Erhebungsverfahren entwickelt und etabliert werden, die die Perspektiven der Bürger*innen, ihr Verhalten aber auch ihre Wünsche und Erwartungen an die Politik zu Nachhaltigkeitsthemen in regelmäßigen Abständen repräsentativ erheben. Dies sei »eine ganz vornehme und erste Staatsaufgabe« (Grabow im ZD), nicht nur auf bundesstaatlicher und Länderebene, sondern auch in den Kommunen.

Ebenso sei es wichtig, dass die Kommunen selbst die Dringlichkeit nachhaltigeren Handelns erkennen. Erste Anstrengungen der Bundesebene gab es bereits, z.B. die SDGs bekannt zu machen, aber scheinbar wenig wirkungsvoll. So waren beispielsweise 2017 in Schleswig-Holstein alle 1120 Gemeinden zu einer Informationsveranstaltung über die SDGs von Engagement Global (Initiative des BMZ) eingeladen worden, aber nur fünf Kommunen waren anwesend. Diese Lücke an Information zu schließen und Inhalte besser zu transportieren, sind entscheidende Hebel, um Kommunen auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Handeln zu begleiten.

Obwohl sich schon einige Kommunen auf den Weg gemacht haben, ist somit nach wie vor Informations- und Bewusstseinsarbeit über die Zielrichtung der Agenda 2030 und die Bedeutung der SDGs zu leisten. Gerade auf der lokalen Ebene können die SDGs konkret und dadurch verständlich gemacht werden. SDG-Indikatoren für Kommunen (Bertelsmann Stiftung et al., 2020; Riedel et al., 2020) können und sollen dabei als Orientierung dienen. Bürger*innen könnten beispielsweise stärker »alternative Wohlstandsindikatoren« (Grabow im ZD) einfordern. Das Bruttoinlandsprodukt, das heute noch Verwendung findet (auch als zentraler Indikator bei den SDGs), sei ein »dermaßen schlechter Indikator, für das, was uns alle umtreibt« (Grabow im ZD).

Das Erzählen guter Geschichten und Geschichten des Gelingens sind sowohl für die Motivation der kommunalen Verwaltung bzw. Akteure als auch der Bürger*innen wichtige Quellen der Inspiration. Kommunen sind Orte des Lehrens und Lernens. Zum einen haben kommunalpolitische Akteure die Aufgabe, lokale Prozesse zukunftsfähig zu gestalten und so auch Kommunen mit ihrer Vorbildfunktion gesellschaftspolitisch zu verankern. Zum anderen können sie sich weiterentwickeln, indem sie zukunftsfähige Ideen, Projekte und Bewegungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgreifen und in politisches Handeln überführen.

Konkrete Maßnahmen in den beiden Kommunen

Beispiele für die Ausrichtung einer zukunftsfähigen Kommune mit kommunalen Konzepten und Richtlinien sind u.a. die Einführung einer gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise im kommunalen Kontext wie in der Gemeinde Klixbüll in Schleswig-Holstein oder die Entwicklung und Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts »Mein Hannover 2030« in der niedersächsischen Landeshauptstadt.

Als Träger*innen der kommunalen Selbstverwaltung sind die Gemeinden per se dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie müssen Belange von Mensch, Umwelt, Natur, Politik und Wirtschaft berücksichtigen. In Klixbüll in Schleswig-Holstein sind die Nachhaltigkeitsziele zum Leitbild in der Kommune geworden; ergänzt durch die gemeinwohlorientierte Auditierungsmatrix. »So haben wir einmal das Zielegerüst über die SDGs und über die Gemeinwohlökonomie das Wertegerüst« (Schweizer im ZD). »Im Rahmen eines Bilanzierungsprozesses der Gemeinwohlökonomie (GWÖ) wird sowohl die »ethische Performance« der eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten der Kommune analysiert und sichtbar gemacht, als auch die Nutzung von Handlungsspielräumen zur Schaffung gemeinwohlfördernder Rahmenbedingungen bewertet« (International Federation for the Economy for the Common Good, o.J.) (zur GWÖ[-Matrix] vgl. auch den Beitrag von Eberth & Meyer in diesem Band). Die ersten »Gemeinwohl-Gemeinden« gibt es in Norddeutschland seit Anfang 2019. Umsetzungsgrundlage für die Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Nordfriesland sind die SDGs der Agenda 2030. Das Prinzip der GWÖ wird als gutes Hilfsmittel erachtet, um die SDGs auch konsequent kommunal umzusetzen. Durch die Erstellung von Gemeinwohl-Berichten wird darüber hinaus stetig der Umsetzungsstand evaluiert, dokumentiert und das Bewusstsein für die ökologische und soziale Verantwortung der Gemeindevertretung gestärkt. Um die Themen in Klixbüll stärker sowohl in der Gemeindevertretung wie auch in der Bürgerschaft zu verankern und sichtbar zu machen, veranstaltet die Kommune regelmäßig Klausuren mit Expert*innen zu SDG-relevanten Themen und entwickelt derzeit gerade ein zweitwagenfreies Wohngebiet. Mit dem SDG- und GWÖ-basierten Leitbild sei spürbar, »dass sich dadurch die Sinne schärfen und man dann auf die Themen lenkt« (Schweizer im ZD).

Auch in Hannover werden und wurden unterschiedliche Ansätze umgesetzt und unterstützt, z.B. Fest der Kulturen, Errichtung von Velorouten, Null-Emissionssiedlung in Wettbergen, »ecovillage« in Kronsberg. Bezogen auf das geplante »ecovillage« sei es ein »sehr starkes Signal, dass tatsäch-

lich solche Initiativen von den Menschen kommen und dann auch wirklich so stark sind und unterstützt werden, dass sie [...] umgesetzt werden« (Tegtmeier-Dette im ZD). Auch die Initiative »Mein Hannover 2030« ist ein Beispiel und wurde 2015 umgesetzt. Damit sollte das Stadtentwicklungskonzept von Hannover nicht mehr nur durch die Verwaltung und Politik, sondern durch einen umfassenden Partizipationsprozess erarbeitet werden. Über einen Zeitraum von sechs Monaten wurden durch 200 Veranstaltungen rund 17.000 Hannoveraner*innen beteiligt. »Man kann in Zukunftswerkstätten »werkeln«, auf Fachtagungen ExpertInnen lauschen, Kamingespräche mit dem Oberbürgermeister führen, sich in Ausstellungen inspirieren lassen, Straßentheater genießen, Speed-Dating ausprobieren und auf Stadtpaziergängen neue Ansichten von Hannover kennen lernen« (Landeshauptstadt Hannover, 2016). Für die »Internetaffinen« wurde ein Online-Dialog ermöglicht. Insgesamt gab es 10.600 Besucher*innen online (ebd., S. 13). Ein Beispiel für Initiativen der Zivilgesellschaft, die durch ihre Präsenz Eingang in kommunalpolitische Prozesse nehmen, ist die Errichtung eines »Ökodorfs« (»ecovillage«) in Hannover Kronsberg. Dieses orientiert sich an der Idee von Ökodörfern (GEN Deutschland e. V. – Global Ecovillage Network), die vor allem im ländlichen Raum umgesetzt wurden, wie z. B. das Ökodorf »Lebensgarten Steyerberg« in Niedersachsen oder »Sieben Linden« in Sachsen-Anhalt. Diese Ökodörfer werden als »Lernorte für morGEN« (bring-together, 2021) bezeichnet, da sie alle Dimensionen von Nachhaltigkeit berücksichtigen und ihren Lebensstil möglichst nachhaltig in der Gemeinschaft umsetzen.

Die Genossenschaft »ecovillage hannover eG« möchte in Hannover Kronsberg ein »Wohnquartier der Genügsamkeit« (ecovillage hannover eG, 2021) mit rund 500 Wohneinheiten für ca. 900 Menschen entwickeln. Hierbei stützt sich das Vorhaben auf die Bausteine »gemeinschaftlich«, »bezahlbar«, »nachhaltig«, »zukunftsweisend« und »genügsam«. Solche von zivilgesellschaftlichen Kräften getragene Projekte haben das Potenzial, als Pilotprojekte politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und als Vorbild für eine Transformation zur Nachhaltigkeit zu fungieren.

Impulse

Aus den Darstellungen zur Relevanz des Zukunftsdiskurses und den Reflexionen in der Podiumsdiskussion lassen sich folgende Impulse ableiten:

1. Kommunen sind ein zentraler Motor für nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der SDGs. Daher müssen sich viel mehr Kommunen auf den Weg machen, um aktiv zu werden.
2. Zur Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene können die SDG-Indikatoren oder eine GWÖ-Bilanz eine hilfreiche Orientierung sein, um den Status quo in der eigenen Kommune zu bilanzieren und diesen transparent zu dokumentieren. Auf dieser Basis sind weitere Maßnahmen anzustoßen, um die SDGs zu erreichen.
3. Die Partizipation von Bürger*innen ist unabdingbar, um die SDGs auf kommunaler Ebene zu realisieren. Hierfür sind alle Stufen der Beteiligung notwendig, angefangen mit der Information über die Kommunikation bis hin zur Kooperation als wirklicher Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen.
4. Jugendliche sind stärker in kommunale Entscheidungsprozesse einzubinden. Hierfür ist der Aufbau und die Weiterentwicklung lokaler und regionaler Bildungslandschaften mit BNE-Fokus sinnvoll.
5. Zivilgesellschaftliches Engagement, wie es z.B. durch Fridays for Future mit ihren Forderungen an die Kommunen erfolgt oder aber durch Pilotprojekte mit Vorbildcharakter, sind sehr zu begrüßen. Dadurch können zum einen die Bürger*innen informiert und »wachgerüttelt« sowie Kommunalpolitiker*innen für die Bedarfe der Zivilgesellschaft sensibilisiert und motiviert werden. Zum anderen können Beispiele gelebter Nachhaltigkeit in den Kommunen zeigen, dass eine Transformation zur Nachhaltigkeit möglich ist.
6. Best-Practice-Beispiele in Kommunen können als »Geschichten des Gelingens« inspirieren und motivieren, selbst aktiv zu werden. Daher ist es wichtig, solche Geschichten des Gelingens zu verbreiten.
7. Für die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit ist es unabdingbar, alle mitzunehmen, d.h. die Kommunen sind aufgefordert, nicht nur die Bürger*innen zu erreichen, sondern auch Akteure in Wirtschaft, Bildung und Verwaltung und diese aktiv am Prozess der zukunftsfähigen Entwicklung der Kommune zu beteiligen.

Literatur

- Arnstein, S.R. (1969). A ladder of citizen participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35(4), 216-224. <https://doi.org/10.1080/01944366908977225>.
- Baden-Württemberg Stiftung (Hg.) (2015). In Zukunft mit UNS! – Jugendbeteiligung in der Kommune, https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/ws_beteiligung_dings/2019/ws3_19/handreichung_jugendbeteiligung_bw-stiftung.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Bertelsmann Stiftung (o.J.). SDG-Indikatoren für Kommunen entdecken, <https://sdg-portal.de/de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Bertelsmann Stiftung, BBSR: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, DLT: Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, DStGB: Deutscher Städte- und Gemeindebund, Difu: Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt), Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion (Hg.) (2020). *SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen*. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Gütersloh: o.A.
- Bischoff, A., Selle, K., & Sinning, H. (2007). *Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen: eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken*. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur – Verlag Dorothea Rohn.
- BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2019). In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. 2. Auflage, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/146330/a6f7b2c5fbd995374eb7e7c22b8a4777/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-die-jugendstrategie-der-bundesregierung-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- BMUB: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2007). *Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt*. Berlin: Referat Öffentlichkeitsarbeit.
- bring-together (2021). Die Lernorte für morGEN, <https://www.bring-together.de/de/gemeinschaft/ratgeber/anders-leben/lernorte-fuer-morgen> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Butscher, A. (2019). Mit Werten und Zielen zur Transformation. Gemeinwohlökonomie und SDGs in schleswig-holsteinischen Gemeinden. *Dossier als*

- Beilage zur Ausgabe 10-2019 von Weltsichten* (Agenda 2030 vor Ort. Kommunen zeigen, wie es geht), 11-12.
- Czorny E. & Kanning H. (2021). Hannover passt sich an – Klimaanpassung als kommunale Herausforderung. In U. Sahling (Hg.), *Klimaschutz und Energiewende in Deutschland*. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-62081-6_10-1
- Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle (2021). Sechster IPCC-Sachstandsbericht (AR6). Beitrag von Arbeitsgruppe I: Naturwissenschaftliche Grundlagen, https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-WGI.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021)
- Die Bundesregierung (2018). *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018*. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- Eberth, A. & Röhl, V. (2021). Reflexive Fotografie und Partizipation. Auflösung von Hierarchien in raumbezogener Forschung. In R. Kogler, J. Wintzer (Hg.), *Raum und Bild – Strategien visueller raumbezogener Forschung* (19-29). Berlin: Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-61965-0_2
- ecovillage hannover eG (2021). Aus einer Idee ist ein großes Projekt gewachsen. <https://www.ecovillage-hannover.de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Engagement Global (2021). SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, <https://skew.engagement-global.de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- FES: Friedrich-Ebert-Stiftung (2014). *Kommunalpolitik verstehen*. 7. Auflage Bonn: FES.
- Fridays For Future Hannover (2021). Forderungen von FridaysForFuture Hannover an die Region Hannover, alle ihre Kommunen und die Stadt Hannover 2021, <https://fridaysforfuture-hannover.de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Haubner, O., Kuhn, S., Burger, A. & Ulrich, P. (2018). Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen. Leitfäden. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/MNK_Leitfaeden.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- International Federation for the Economy for the Common Good e.V. (o.J). Gemeinden und Regionen in der Gemeinwohl-Ökonomie, <https://web.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/gemeinden/> (zuletzt abgerufen am 20.08.2021).

- Landeshauptstadt Hannover (2016). Stadtentwicklungskonzept. »Mein Hannover 2030«, [https://www.hannover.de/Media/01-DATA-Neu/Downloads/Landeshauptstadt-Hannover/Politik/B%C3%BCrgerbeteiligung/Mein-Hannover-2030/Stadtentwicklungskonzept-%22Mein-Hannover-2030%22](https://www.hannover.de/Media/01-DATA-Neu/Downloads/Landeshauptstadt-Hannover/Politik/B%C3%BCrgerbeteiligung/Mein-Hannover-2030/Stadtentwicklungskonzept-%22Mein-Hannover-2030%22 (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).) (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Lüttringhaus, M. (2003). Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. In M. Lüttringhaus & H. Richers (Hg.), *Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis* (1-6). Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Meyer, C. & Haubner, R. (2020). Nachhaltige Mobilität für unsere Region! Partizipation von Jugendlichen bei kommunalen Entscheidungsprozessen. *Praxis Geographie*, 50(12), 24-29.
- Meyer, C. & Haubner, R. (2022). »WIR reden MIT« – Jugendliche partizipieren an der Entwicklung von Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte der Nachhaltigkeit. In J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Diringer & K. Fahrenkrug (Hg.), *Von Beteiligung zur Koproduktion. Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung*. Wiesbaden: Springer. (in Bearbeitung)
- NAP: Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung c/o Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2017). *Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Berlin: BMBF.
- Quenzel, G., Hurrelmann, K., Albert, M. & Schneekloth, U. (2019). Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort. In Shell Deutschland Holding (Hg.), *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort* (313-324). Weinheim: Beltz.
- Riedel, H., Haubner, O. & Wolinda, M (2020). Die SDG-Indikatoren und das SDG-Portal für Kommunen. In Bertelsmann Stiftung et al. (Hg.). *SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen* (6-21). 2., vollständig überarbeitete Auflage. Gütersloh: o.A.
- RNE: Rat für nachhaltige Entwicklung (2020). Kommunen als zentrale Akteure nachhaltiger Entwicklung, https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2020/11/20201120_RNE_Stellungnahme_an_den_StS-Ausschuss_fuer_Nachhaltige_Entwicklung_zur_kommunalen-Nachhaltigkeit.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*. Berlin: WBGU.

Wilhelmy, S. & Turmann, A. (2016). Globale Fragen erfordern lokale Antworten. Umsetzung der 2030- Agenda für nachhaltige Entwicklung in Kommunen. *Dossier als Beilage zur Ausgabe 8-2016 von Weltsichten* (Global Nachhaltige Kommune. Kommunen engagieren sich für Nachhaltigkeit in der Einen Welt), 3-5.

Wilhelmy, S. & Turmann, A. (2019). Kommunen als Akteure des Wandels. Umsetzung der Sustainable Development Goals auf lokaler Ebene. *Dossier als Beilage zur Ausgabe 10-2019 von Weltsichten* (Agenda 2030 vor Ort. Kommunen zeigen, wie es geht), 3-6.

